

Presseerklärung des AK Asyl zum Umzug des Ausreisezentrums nach Trier

Umzug des Ausreisezentrums:

AK Asyl empört: Mischung aus Unwahrheiten und Entrechten unterbindet Flüchtlingsprotest.

Der AK Asyl RLP ist empört über das Verfahren beim Umzug der LUfA von

Ingelheim nach Trier: Am Montag, 10. 2. wurden 34 Flüchtlinge in einer unkoordinierten Hau-Ruck Aktion von Ingelheim nach Trier verlegt.

Wenn eine Landesunterkunft mit offiziell 48 Insassen und Hausrat an einem Tag komplett verlegt werden soll ist es schon seltsam, wenn morgens um 8 Uhr ein Bus mit 20 Sitzplätzen und ein kleiner Gepäcktransporter vorfahren, so Bernd Drüke der die Aktion beobachtete.

Der Busfahrer selbst und Hausmeister begannen um 8Uhr, Familien mit kleinen Kindern aus den Betten zu scheuchen um schnell die Fahrzeuge voll zu kriegen. Das dabei dann keine Zeit zum Frühstück blieb wurde von den Verantwortlichen damit abgetan es gäbe ein Lunch Paket für Unterwegs und in Trier dann Mittagessen.

In Trier angekommen, zeigten sich die ersten 20 Flüchtlinge schockiert über die Unterkunft.

In 13 Zimmern sollen bis zu 80 Flüchtlinge untergebracht werden, eine Familie mit 2 Kindern muss sich mit 12 qm begnügen. Es gibt weder eigene Kühlschränke noch Kochmöglichkeiten.

Insbesondere Kranke und Kinder sind voll auf die Gemeinschaftsverpflegung angewiesen. Diese stand am Montag allerdings entgegen der Ankündigungen nicht zur Verfügung.

Dass die Flüchtlinge trotz ihrer Ankündigung nicht freiwillig nach Trier zu gehen, dieses nun zum Großteil doch taten, erklärt der AK Asyl mit einer stattgefundenen Mischung aus Unwahrheiten und Entrechten.

Noch am Tag vor dem Umzug versicherte der Leiter der Unterkunft, die Zimmer in Trier seien genauso groß wie in Ingelheim, nichts würde schlechter, tatsächlich werden nun bis zu 6 Alleinstehende in einem Zimmer untergebracht, die Familienzimmer sind nur noch halb so groß. (Schon vorher pro Person nur 6qm).

Entrechtet wurden zahlreiche Flüchtlinge im Vorfeld indem ihnen die Bescheide zur Änderung der Wohnsitznahme Verpflichtung erst bis nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme vorenthalten wurden.(In diesem Zusammenhang ist eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter Braum anhängig)oder die Verfügungen dazu erst 3 Tage vorher eingingen.

Eine Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien sieht der AK Asyl darin, wenn eine Widerspruchsfrist von einem Monat eingeräumt wird, die Bescheide zum Umzug aber erst 3 Tage vorher zugestellt werden.

Was die Bereitschaft zum Umzug beschleunigte war die Ankündigung der Verwaltung dass ab Montag Vormittag die Versorgung der Flüchtlinge in Ingelheim eingestellt wird.

„Wenn die einzige Versorgung die ihnen gegeben wird, die mit 3 Mahlzeiten ist, sind diese etwas lebensnotwendiges,“ so Ingrid Meyer von der Humanitären Hilfe Ingelheim.

„Wenn diese Menschen irgendwelche Rechte hätten könnte man dies als Nötigung bezeichnen, aber dass für Ausreisepflichtige keine Würde und nun wohl auch keine Rechte mehr gelten“, fasst Bernd Drüke seine Eindrücke vom Verfahren des Umzugs nach Trier zusammen.

Einen ganz schlechten Eindruck macht es für den AK Asyl auch, dass am Tag nach dem Einzug an dem keine Medien mehr zu erwarten sind, die Unterkunft in eine Baustelle verwandelt wurde.

So wurde der einzige Frauenduschaum geschlossen, und dies bei Unterbringung von Hochschwangeren und Frauen mit kleinen Kindern.

Wir bitten die ortsansässigen Medien sich selbst ein Bild von den Zuständen nach Abflauen des ersten Medieninteresse zu machen.